

## Wirkungsorientierte Verwaltungsführung oder <Nachtwächterstaat>?

Autor(en): Regula Hofer  
Quelle: Basler Stadtbuch  
Jahr: 1995

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/eff886ee-ef78-41b0-b312-7315673fb67e>

### Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform [www.baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

### Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

## Deregulierung und Privatisierung – ein Bumerang?

Von der Kehrrichtentsorgung über die Reinigungsarbeiten in Spitälern bis hin zur Ausrichtung von Sozialbeiträgen: Jede Dienstleistung und jeder Betrieb des Kantons Basel Stadt sowie der Institutionen der Bürgergemeinde wird genauestens unter die Lupe genommen oder gar von forschenden Deregulierern zur Privatisierung angepriesen. In Betrieben und Dienststellen der einzelnen Departemente wird nach Leerläufen geforscht, es wird gestrafft, umdisponiert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spüren zunehmenden Leistungsdruck. Einige, die während Jahrzehnten ihren Dienst getan haben, genügen plötzlich nicht mehr, werden Opfer der Sparmassnahmen.

Zwar stellt sich der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) nicht gegen notwendige Veränderungen der öffentlichen Verwaltungen. Im Gegenteil ist er bereit, daran konstruktiv mitzuwirken. Schliesslich sind sowohl die im öffentlichen Dienst Beschäftigten wie auch die Bevölkerung an optimalen Dienstleistungen interessiert. Gleichwohl beobachtet er als grösste Basler Gewerkschaft für das Staatspersonal ebenso wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Deregulierungs- und Privatisierungs-Bestrebungen kritisch.

Was unter den Schlagwörtern «New Public Management», «Deregulierung», «Liberalisierung» und «Privatisierung» konkret verstanden werden kann und wie verschieden die Fälle beim Kanton Basel-Stadt, der Bürgergemeinde und den gemischtwirtschaftlichen Betrieben gelagert sind, zeigen einige Beispiele.

Im Bereich der Pensionskassen haben sich deutliche Veränderungen ergeben. So kündigten Institutionen der Bürgergemeinde ihre Verträge mit der Pensionskasse des Basler Staatsperso-

nals und traten zu privaten Versicherungsgesellschaften über. Die Zentralwäscherei, das Theater Basel und der Zoologische Garten wechselten ebenfalls, bei teilweiser Verschlechterung der Leistungen, zu privaten Vorsorgeeinrichtungen. Diese Entwicklung trägt dazu bei, dass Millionen von Franken inzwischen lukrativ von privaten Versicherungsgesellschaften verwaltet und kontrolliert werden. Das Reglement der Pensionskasse des Basler Staatspersonals wurde revidiert, wobei das Rentenalter der Frauen um drei Jahre angehoben und die Hinterlassenenleistungen empfindlich verschlechtert wurden.

Vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen überführt wird das staatliche Aktienkapital an der Zentralwäscherei Basel AG. Die Universität erhält weitgehende Autonomie, die Kindergärten von Riehen und Bettingen gehen an die Landgemeinden über, das ehemalige Paraplegikerzentrum, heute REHAB, soll von einer neugebildeten Aktiengesellschaft übernommen werden. Daneben kündigt die Genossenschaft der Messe Basel den Gesamtarbeitsvertrag für weit über 100 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und verlangt Einzelarbeitsverträge. Bei den BVB wurde die Lenkzeitgutschrift, eine wichtige Gesundheitszulage für das Fahrdienstpersonal, halbiert. Zusatzleistungen wie Telefon- und Fahrtentschädigungen für Pikettpersonal wurden gestrichen. Und schliesslich zahlt das Staatspersonal das neue Lohngesetz – nach jahrelanger Diskussion endlich eingeführt – gleich selber und muss für zwei Jahre auf jeweils 1 % des Teuerungsausgleichs und einen Stufenanstieg verzichten. In mehreren Fällen wurden auch sozialpartnerschaftliche Gepflogenheiten missachtet, so beim Projekt «Rekabas» (Redi-

mensionierung der Kantonsaufgaben im Kanton Basel-Stadt) oder bei der Privatisierung der Kehrrichtensorgung, wo Privatisierungspläne noch 1993 entschieden ausgeschlossen worden waren.

### **Machen Private alles besser?**

Die Aufgaben des Staates sind kontinuierlich gewachsen. So gewährleistet der Staat seit dem 19. Jahrhundert beispielsweise die Versorgung mit sauberem Trinkwasser und unterhält das gesamte Kanalisationssystem. Spitäler und medizinische Dienste bieten eine umfassende Gesundheitsversorgung, das staatliche Schulsystem gibt allen Kindern eine Chance für eine gute Ausbildung.

Inzwischen haben die gestiegenen Defizite der öffentlichen Haushalte eine ausschliesslich finanzpolitische Betrachtungsweise der staatlichen Dienstleistungen verstärkt. Verschiedene Exponentinnen und Exponenten aus Politik und Wirtschaft gehen heute davon aus, dass private Unternehmen solche Dienstleistungen günstiger und effizienter erbringen können als der Staat. Dabei werden wichtige Aspekte ausser acht gelassen. Dies zeigt sich zum Beispiel in «erfolgreich deregulierten» Städten Englands und der USA: Das Gesundheitswesen ist nicht mehr für alle zugänglich, sondern nur noch für diejenigen, die über genügend Geld verfügen. Die Preise für Wasser und Elektrizität sind, insbesondere für die privaten Haushalte, deutlich gestiegen. Immer mehr Menschen fallen durch das soziale Netz.

### **Effizienter Staat. Ja, aber ...**

Wie jeder private Anbieter soll auch der Staat seine Aufgaben zur Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden – der Einwohnerinnen und Einwohner – erfüllen. Auch öffentliche Dienste müssen immer wieder erneuert, Abläufe und Dienstleistungen überprüft, die Nähe zu den Benutzerinnen und Benützern gewährleistet werden. Angestellte und Gewerkschaften, die gleichermassen den öffentlichen Dienst nicht a priori unkritisch verteidigen, suchen daher gemeinsam mit den Sozialpartnern immer wieder die besten Lösungen für diese Dienstleistungen. Beispielhaft für Basel können genannt werden: die Psychiatriereform, die Weiterführung der



Chrischona-Klinik durch das Bürgerspital (anstelle einer Vermietung an eine private Betreiberfirma), die Reorganisation des Arbeitssamtes. Eine Verschlechterung der Arbeits- und Anstellungsbedingungen – unter dem Vorwand, die Flexibilität und Leistungsfähigkeit verbessern zu wollen – lehnen die Gewerkschaften und Angestellten jedoch ab.

### **Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert**

Zahlreiche Gründe machen Deregulierungen und Privatisierungen problematisch. So würde zum Beispiel bei einer Privatisierung der Keh-

△ Mit einer «Protestpause» von 15 Minuten wandte sich das BVB-Fahrpersonal gegen die Abschaffung der «Lenkzeitgutschrift».

richtabfuhr ein staatliches Monopol durch ein privates ersetzt, da hier kein freier Markt existiert. Nach einer solchen Privatisierung hätten Volk und Parlament – insbesondere bei Investitionen – nichts mehr zu sagen. Monopolbetriebe müssen jedoch unbedingt demokratisch kontrolliert werden, um der Gefahr von Korruption und Willkür vorzubeugen. Zudem muss der Staat die Sicherheit und Umweltverträglichkeit garantieren, und die Kehrrentensorgung darf nicht unerschwinglich werden.

Die traditionell fortschrittliche Förderung von Kunst und Kultur im Kanton Basel-Stadt verändert sich drastisch: Der Kanton baut beim Theater ab, schliesst zwei wichtige Museen, die sich durch ungewöhnliche Ideen und Ausstellungen hervorgetan haben (Museum für Gestaltung und Stadt- und Münstermuseum) und streicht Subventionen für Kleinkünstlerinnen und -künstler. Gleichzeitig fördert er den Bau eines teuren, kommerziell ausgerichteten Musical-Theaters.

### **Der Staat darf keine Nebenrolle spielen**

Die Abbaumassnahmen könnten sich als Bumerang erweisen. Schliesslich ist es erst wenige Jahre her, dass beispielsweise in den Spitälern der Personalmangel beunruhigende Ausmassen annahm. Wer heute Gesamtarbeitsverträge durch Einzelarbeitsverträge ersetzt, denkt kurzzeitig. Sie flexibilisieren nicht nur die Anstellungsbedingungen, sondern gefährden auch den Arbeitsfrieden. Entschieden wehrt sich daher der Verband des Personals öffentlicher Dienste gegen die zunehmenden Abbaumassnahmen bei Arbeits- und Anstellungsbedingungen. Er setzt sich weiterhin für einen leistungsfähigen, aufgeschlossenen, demokratischen Staat ein, der seine Aufgaben in allen wichtigen Bereichen wie Bildung, soziale Sicherheit, Gesundheitswesen, öffentlicher Verkehr, Kultur, Energie, Umweltschutz, Ver- und Entsorgung wahrnimmt und sich nicht auf mittelalterliche Nachtwächterfunktionen einschränken lässt.